

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Hradecni, Dr. Jarolim, Mag. Donnerbauer, Mag. Darmann und weiterer Abgeordneter

betreffend Hinweis auf die Unverbindlichkeit der Flächenangaben bei elektronischen Grundbuchsauszgen

eingebrat im Zuge der Debatte über den Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (542 dB): Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Grundbuchgesetz 1955, das Grundbuchumstellungsgesetz, das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, das Gerichtsgebhrengesetz und das Vermessungsgesetz geändert werden (Grundbuchs-Novelle 2008 - GB-Nov 2008)

Es ist davon auszugehen, dass lediglich 13 % aller Grundstücke, die bereits in den Grenzkataster einverleibt sind, korrekte Werte aufweisen. Die Größenangaben aller übrigen Grundstücke, insbesondere jener rund 50%, die nach der Urvermessung niemals mehr "nachgemessen" wurden, differieren mit den tatsächlichen Ausmaßen oft beträchtlich - Abweichungen bis zu 20% sind keine Seltenheit.

In weiten Kreisen der Bevölkerung genießen trotzdem die Flächenangaben des Katasters ein hohes Maß an Vertrauen und werden stets als Grundlage für die Kaufpreisermittlung herangezogen, da weder die technischen noch die formal rechtlichen Hintergründe den Bürgern (Käufern) bekannt sind. Noch dazu werden die Flächenangaben zu den Grundstücken auch auf jedem Grundbuchsauszug ausgewiesen - einem amtlichen Dokument, dessen übrige Angaben (Eigentümer, Belastungen etc.) vollen Vertrauensschutz genießen.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn für Grundstückskäufer oft böses Erwachen kommt, sobald sie von der tatsächlichen Größe ihres Grundstückes erfahren und zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie für nicht vorhandene m<sup>2</sup> (zuviel) bezahlt haben (an bisher entrichteter Grundsteuer bzw an Kaufpreis).

Ein Regress am Verkäufer ist in aller Regel im Hinblick auf die Bestimmungen des Kaufvertrages nicht möglich ("... haftet nicht für ein bestimmtes Ausmaß oder eine bestimmte Beschaffenheit ....").

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

Die Bundesministerin für Justiz wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass aus den zukünftigen Grundbuchsauszgen die Unverbindlichkeit der Angaben über die Flchenausmae deutlich hervorgeht.

  
CLFE G:\ANTRAE\GEENTSCHL\UNSELBST\XXIII\UA549.DOC  
 Stand 05.06.2008 10:21



